



**ARBEITS-
BERICHT
2016 bis 2021**



Fraktion im Kreistag der Wetterau

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag der Wetterau möchte Sie mit diesem Heft über ihre Arbeit in der vergangenen Wahlperiode informieren.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag bei sozialpolitischen Themen: Bezahlbares Wohnen, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, Mietobergrenzen, Jobcenter, Kinderarmut, Sozialchipkarte, Migration, keine Privatisierung des Gesundheitszentrums Wetterau, Inklusion und Barrierefreiheit uvm. Daneben haben wir eine breite Palette weiterer Fragen bearbeitet.

Hervorheben wollen wir exemplarisch die Bemühungen um den Grundwasserschutz und den ressourcenschonenden Umgang mit Wasser in unserer Region.

Sie finden eine Liste unserer Anfragen und Anträge in diesem Heft.

Drei linke Abgeordnete wurden 2016 in den Kreistag gewählt: Gabi Faulhaber, Anja ElFechtali und Rudi Kreich (der nach zwei Jahren von Peter Zeichner abgelöst wurde). Viktoria Klaus von der Piratenpartei verstärkte unsere Fraktion.

Natürlich kann man mit vier Abgeordneten nicht die Kreispolitik verändern. Doch man kann eine spürbare Opposition sein. Mit unseren kritischen Anfragen und mit vielen Anträgen haben wir immerhin geschafft, dass sich der Kreistag auch mit Themen befassen musste, die ansonsten niemals diskutiert worden wären.

Ab und zu konnten wir Abgeordnete anderer Parteien zum Nachdenken bringen. Seit 2015 haben wir beispielsweise mit Nachdruck für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gearbeitet. Bezahlbarer Wohnraum steht bei den anderen Parteien nicht gerade im Zentrum der Aufmerksamkeit. Nun sieht es endlich so aus, dass eine solche Wohnungsbaugesellschaft auf den Weg gebracht wird, wenn auch leider mit einer minimalen finanziellen Ausstattung. Wir hoffen sehr, dass der Wetteraukreis sich endlich für bezahlbaren Wohnraum engagiert und alle möglichen Fördermittel von Bund und Land abrufen!

Wir sind nicht der Meinung, dass man die Gesellschaft mit Parlamentsarbeit verändern kann. Dazu bedarf es einer breiten außerparlamentarischen Bewegung und einer couragierten Zivilgesellschaft. Wir haben jedoch alle außerparlamentarischen Vorschläge, die an uns herangetragen wurden und die die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung verbessern könnten, ins Parlament getragen. Gerne sind wir Sprachrohr und Unterstützer einer aktiven außerparlamentarischen Bewegung.

Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass Politik transparent sein muss. Die Wählerinnen und Wähler haben uns in den Kreistag gewählt. Sie haben auch das Recht, unsere Arbeit kritisch zu begleiten. Wir haben daher viel Mühe auf die Dokumentation verwendet. Auf der Homepage www.die-linke-wetterau.de kann sich jede Bürgerin, jeder Bürger informieren. Wer möchte, bekommt nach jeder Kreistagssitzung einen Bericht per e-mail zugeschickt. Außerdem erhält ein gutes Viertel aller Haushalte des Wetteraukreises zweimal jährlich die Zeitung unserer Fraktion. Wer Anregungen, Kritik oder Ideen hat, kann uns gerne ansprechen. Sie finden die Kontaktdaten im Impressum.

Eine interessante Lektüre wünscht die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau, Gabi Faulhaber, Anja ElFechtali, Peter Zeichner und Viktoria Klaus (Piratenpartei)

Inhalt

Transparente Politik:

Homepage
Liste der Anfragen
Liste der Anträge
Post aus dem Kreistag
Zeitung der Kreistagsfraktion

Fraktion vor Ort

Arbeitsschwerpunkte:

Sozialpolitik : Gegen soziale
Ungleichheit.
Wohnen muss bezahlbar sein!
Gesundheitszentrum Wetterau gehört
in öffentliche Hand!
Für eine flächendeckende ärztliche
Versorgung!
Corona: Alles unter Haushaltsvorbehalt!?
Wasser-Ressourcen schützen!
Inklusion darf kein Sparmodell sein!



Transparente Politik

Wir sehen das so: Die Wählerinnen und Wähler haben das Recht zu erfahren, was die gewählten Abgeordneten in den Parlamenten tun. Deswegen bemühen wir uns um Transparenz.

Sie finden Anträge, Anfragen, Reden und Berichte zur Kreistagsarbeit der Linken auf der Homepage www.die-linke-wetterau.de

Dort ist auch die jeweils "Aktuelle Post aus dem Kreistag" zu finden, in der wir zeitnah über jede Kreistagssitzung berichten. Sie können die Aktuelle Post auch abonnieren.

Mailen Sie uns unter: info@die-linke-wetterau.de

Für Anregungen, Vorschläge und Kritik sind wir dankbar. Scheuen Sie sich nicht, Kontakt aufzunehmen.

In der Wahlperiode von 2016 bis Dezember 2020 haben wir 59 Anträge und 38 Anfragen gestellt. Ohne Übertreibung können wir sagen: Keine andere Fraktion hat ähnlich viele Themen in den Kreistag eingebracht.

Diese Arbeit ist nur möglich, weil uns zahlreiche Menschen informieren, unterstützen und begleiten. Vielen Dank dafür!!

Eine kleine Fraktion wie unsere, kann sich nicht mit allen Themen eingehend befassen. Deshalb mussten wir uns Schwerpunkte setzen. Vor allem beschäftigten wir uns mit Sozialpolitik und Wohnungspolitik. Beides sind Themen, die ohne uns im Kreistag nicht vorgekommen wären. Außerdem haben wir als einzige Fraktion das Thema Wasser aufgegriffen. Nach einem trockenen Jahrzehnt und drei wasserarmen Sommern in Folge muss endlich Schluss sein mit dem Grundwasserraubbau in den ländlichen Regionen. Die Metropole Frankfurt braucht Druck, damit dort ein verantwortungsvoller Umgang mit Trinkwasser zur Normalität wird.

Es folgen nun einige Beispiele unserer Arbeit.

Liste der Anträge von Dezember 2020 zurückreichend bis 2016

Medienentwicklungsplan: Was ist mit Schüler*innen ohne digitales Endgerät?
Haushalt 2021: 21 Millionen für die neue Wohnungsbaugesellschaft statt 2,049 Millionen
Haushalt 2021: 500.000 Euro zur Erweiterung der Kapazitäten des Frauenhauses Wetterau
Haushalt 2021: Beitritt des Wetteraukreises zur Schutzgemeinschaft Vogelsberg
Haushalt 2021: Eine ganze Stelle zur Umsetzung des Aktionsplans Inklusion
Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien
Runder Tisch Trinkwasser- und Grundwasserschutz
Ein Betriebskindergarten für die Kreisverwaltung
Änderungsantrag zu unserem Antrag: Gebührensatzung für Flüchtlingsunterkünfte abschaffen!
Die eigene Gebührensatzung beachten: Keine Wuchermieten in Flüchtlingsunterkünften
Einrichtung eines Sozialfonds: Digitale Endgeräte und Internet für Kinder einkommensschwacher Familien
Dringlichkeitsantrag: Corona-Sozialfonds für IT-Ausstattung

Änderungsantrag: Ein Wassermanagement für die Wetterau
Bis zu den Sommerferien: Legen Sie ein Konzept für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft vor!
Teilnahme des Wetteraukreises am Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben
Kreis spart bei Mieten für arme Familien mit Kindern: Schluss damit!
Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2020: Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft starten!
Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2020: Mehr Kapazitäten und Geld für das Frauenhaus Wetterau
Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien
Nassauische Heimstätte soll in der Wetterau bauen!
Klimanotstand anerkennen – Für einen Paradigmenwechsel!
Mietspiegel statt Schlüssiges Konzept
Eine Sozialchipkarte für den Wetteraukreis!
Wie viel Sozialwohnungen gibt es im Wetteraukreis? Beantragung einer Umfrage
Beitritt des Wetteraukreises zum Internationalen Appell gegen Atomwaffen
Änderungsantrag 5 zum Haushalt 2019/2020: Kunstgussmuseum und 50-er Jahre Museum fördern
Änderungsantrag 4 zum Haushalt 2019/2020: Keine Mittel im Sozialbudget verschieben!
Änderungsantrag 3 zum Haushalt 2019/2020: Leistungen für die Erstaussstattung der Wohnung aufstocken!
Änderungsantrag 2 zum Haushalt 2019/2020: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien
Änderungsantrag 1 zum Haushalt 2019/2020: 21 Millionen für den sozialen Wohnungsbau!
Wo bleibt die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft? Oder der Zweckverband?
Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer/innen unterstützen – Ausgleichszahlungen für Projekte
Kinderarmut steigt – Weihnachtsbeihilfe ist überfällig
Eine Sozial-Chipkarte für den Wetteraukreis!
Erstaussstattung der Wohnung bei Hartz4 wieder erhöhen
Inklusion endlich aus dem Modell herausführen: DIE LINKE fordert ein Inklusionskonzept für die Wetterau!
Linke beantragt eine Rüge für den Landrat: Er setzt Kreistagsbeschlüsse nicht um
Hessenkasse: Alle verfügbaren Mittel für bezahlbaren Wohnraum!
Schülerticket und Bus zur Schule: Rockenberg-Wölfersheim
Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien
Sparkasse Oberhessen soll Bilanzgewinnanteil abführen
Rehabilitierung von Barbara Degen – Erster Berufsverbotsfall in Hessen
Erhalt des Ausbildungsgangs Sanitär- und Heizungstechnik in Nidda
Landeswohlfahrtsverband Hessen als Solidarverband erhalten!
Satzungsänderung im Kreistag: SPD und CDU wollen kleine Parteien politisch ausschalten!

DIE LINKE fordert: Einen Sozialbericht, der diesen Namen verdient
Rüge: Kreisausschuss kümmert sich nicht um Kreistagsbeschluss. Realisierung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft wurde nicht geprüft!
Jobcenter muss beraten – auch bei Veränderungen der Mietobergrenzen
Erhebung beantragt: „Sozialer Wohnungsbau in der Wetterau“
Änderungsantrag zum Haushalt 2017/2018: Jetzt Mittel für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft in den Haushalt einstellen!
Änderungsantrag zum Haushalt 2017/2018: Aufstockung der Mittel für Frauenprojekte
Änderungsantrag zum Haushalt 2017/2018: Keine Verschiebung der Mittel innerhalb des Sozialbudgets
Änderungsantrag zum Haushalt 2017/2018: Schutzgemeinschaft Vogelsberg fördern!
Berichts Antrag: Wie viele Sozialwohnungen gibt es im Wetteraukreis?
Anhebung des Entgelts für Noteltern
Mietobergrenzen überarbeiten!
Nutzung der „Alten Sporthalle“ in Niddatal-Assenheim für die Jugendarbeit
Bei der Weihnachtsbeihilfe für Kinder können keine Spargründe angeführt werden!
Wir sind hartnäckig: Hilfsfonds für Flutopfer

Liste unserer Anfragen von Dezember 2020 zurückreichend bis 2016

Den vollständigen Text finden Sie auf der Homepage www.die-linke-wetterau.de

Wenn wir eine Antwort erhalten haben, finden Sie diese dort unter dem Anfragetext.

Wir haken nach: Erneute Anfrage zu Photovoltaikanlagen im Wetteraukreis
Vergabe digitaler Endgeräte für Schüler*innen aus einkommensschwachen Familien
Fragenkatalog zur Haushaltssatzung 2021
Anfrage zu Photovoltaikanlagen im Wetteraukreis
Gibt es einen Inklusionsplan für den Wetteraukreis?
Betätigt sich der Wetteraukreis als Miethai?
Wie wird die Bundeshilfe zum Homeschooling in der Wetterau umgesetzt?
Wie geht der Wetteraukreis mit „unbeschulbaren“ Kindern um?
Anfrage ans Jobcenter: Wie wird die Beratungspflicht gewährleistet? Wie werden Corona-Hilfen umgesetzt?
Anfrage zum nachhaltigen Umgang mit Wasser in der Wetterau
Aktualisierung des Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen 2020 Zwei Anfragen
Anfrage zur Praxis des Jobcenters Wetterau

Anpassung der Zahlungen an die gültigen Mietobergrenzen
Stand der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
Ausbildungssituation in der Wetterau
Fragen zur Privatklinik Gesundheitszentrum Wetterau Plus
Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Wetteraukreis
Hartz4 an der Supermarktkasse?
Vergabe der inklusiven Bildung an das BBW Südhessen
Zwei Anfragen zu Störfallbetrieben in der Wetterau
Anfrage zum Gesundheitszentrum Wetterau
Anfrage zur Arbeit des Jobcenters Wetterau
Anfrage zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen
Anfrage zu den neuen Mietobergrenzen ab Januar 2018
Wetteraukreis soll sich bei Dr. Gallhofer entschuldigen!
Große Anfrage zum Jobcenter Wetterau
Bekommt das Jobcenter Anweisungen vom Wetteraukreis?
Unbegleiteter minderjährige Flüchtlinge – unter anderem: Lamane GmbH
Sanierung der Sportanlage an der Geschwister Scholl Schule Assenheim
Schulschwimmen im Wetteraukreis
Privatfirmen in der Flüchtlingsarbeit – zum Beispiel Lamane
Belegung im Haus Hubertus
Kein Bankkonto für Flüchtlinge
Bahnhof Friedberg barrierefrei?
Wir haken nach: Resolution Schülerbeförderung
Anfrage Noteltern – wir haken nach
Gibt es Studierende bei der BASS?
Aktuelle Zahlen bei Sozialleistungen

Die Anfragen, Anträge und vorbereiteten Reden, die im Kreistag von der Fraktion DIE LINKE. gehalten wurden, finden Sie ebenfalls auf der Homepage www.die-linke-wetterau.de Dort unter „Kreistag“.



Aktiv gegen Rechts: „Wir kehren den braunen Schmutz aus der Stadt!“ Aktion gegen den NPD-Parteitag in Büdingen 2019.



Antikriegstag 2020: DIE LINKE. Wetterau will keine Verdopplung des Rüstungsetats!
Mehr Geld für Soziales!

Aktuelle Post aus dem Kreistag

Nach jeder Kreistagssitzung erscheint ein Bericht unserer Arbeit. Interessierte Menschen erhalten die „Aktuelle Post aus dem Kreistag“ als e-mail.

Man kann sie bestellen: info@die-linke-wetterau.de

Sie können sie aber auch auf der Homepage online lesen:

www.die-linke-wetterau.de



Foto: Zeitungsverteiler*innen in Büdingen, Mai 2020

Die Zeitung der Kreistagsfraktion

Über unsere politischen Schwerpunkte berichtet die Zeitung der Kreistagsfraktion zweimal im Jahr. 33 000 Exemplare werden gedruckt und in die Briefkästen verteilt. Gut ein Viertel der Wetterauer Haushalte erhält die Zeitung. Auch ist sie online auf der Homepage zu lesen, falls sie nicht in Ihrem Briefkasten gelandet ist.

Arbeitsschwerpunkte

Sozialpolitik: Gegen Armut in einem reichen Land!

Die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft nimmt zu. Die reichsten zehn Prozent in Deutschland besitzen mehr als die Hälfte des Vermögens, die ärmere Hälfte verfügt nur über 1,3 Prozent. Der Mehrheit der Menschen steht immer weniger Geld zur Verfügung.

Inzwischen gelten etwa 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung als arm oder sind von Armut bedroht. Einen großen Anteil an der ungleichen Verteilung haben die Hartz-Gesetze. Sie haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie Leiharbeit, Minijobs, befristete Arbeit, Werkverträge usw. möglich gemacht. Bei einem Mindestlohn von 9,50 Euro reicht der Verdienst oft nicht zum Leben. Diese Menschen müssen ihren Arbeitslohn beim Jobcenter aufstocken, um über die Runden zu kommen. Auch Alleinerziehende und ihre Kinder sind von Armut betroffen. Wer von Hartz IV oder Sozialhilfe leben muss, dem fehlt es oft am Nötigsten.

Im Wetteraukreis waren am Jahresbeginn 2020 etwa 9500 Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter registriert. Etwa 24 000 Menschen erhalten HartzIV-Leistungen. In der Corona-Krise stiegen nun die Zahlen stark an. Allein im Monat April 2020 wurden 859 Neuanträge beim Jobcenter gestellt.

Die niedrigen Löhne und instabilen Beschäftigungsverhältnisse haben Altersarmut zur Folge, weil nicht ausreichend in die Rentenkasse eingezahlt werden kann. So kommen Niedrigverdiener*innen auch im Rentenalter nicht aus der Armutsfalle, sondern müssen beim Sozialamt Hilfe beantragen.

In der Wetterau leben weniger arme Menschen als im Bundesdurchschnitt. Doch mit fünfzehn Prozent armen Bewohnerinnen und Bewohnern (und vielen, die von Armut bedroht sind) ist das Problem keine Randerscheinung und nicht mehr unter den Tisch zu kehren.



Foto: Infostand gegen Kinderarmut, Butzbach 2018

Die Fraktion DIE LINKE hat hierzu zahlreiche Anträge und Anfragen gestellt. Die Bandbreite: Sozialetat im Haushalt, Bildungs- und Teilhabepaket, Corona-Sozialfonds und IT-Ausstattung für Kinder aus einkommensschwachen Familien, Benachteiligung von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, Sozialchipkarte für die Wetterau, für einen Sozialtarif bei Strom und gegen Stromabstellungen, Kinderarmut, Weihnachtsbeihilfe für Kinder, Mietminderungsverfahren, Mietobergrenzen, Kosten der Unterkunft und Heizung, sozialer Wohnungsbau, Erstausrüstungszuschüsse für die Wohnung, Sanktionspraxis im Jobcenter, Datenschutz, Sozialindex, Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften usw.

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag unterstützt den Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“. Der Verein gibt Rat und Hilfe, wenn es um Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt geht. Betroffene finden ein offenes Ohr, man hilft bei Formularen und Anträgen und begleitet auch zu Terminen bei den Ämtern. Der Verein wird von der Fraktion unterstützt, indem er seine Sprechstunden im Roten Laden in der Friedberger Usagasse 23 abhalten kann. Die Fraktion stellt die Räume kostenlos zur Verfügung und unterstützt Aktionen und Veranstaltungen.

So half die Fraktion dem Verein bei der Durchführung politischer Foren: „Wohnen muss bezahlbar sein!“ (2016), „Kinderarmut in einem reichen Land“ (2018) und „Ist das möglich? Klima retten ohne soziale Gerechtigkeit?“ (2019). Außerdem helfen wir, den „Sozialkompass für die Wetterau“ herauszugeben, in dem wichtige Anlaufstellen und Hilfen aufgelistet sind.

Für eine soziale Wetterau: Wohnen muss bezahlbar sein!

Wohnen macht oft arm! Die Mieten steigen und im Wetteraukreis fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Das Institut für Wohnen und Umwelt beziffert den Neubaubedarf im Wetteraukreis bis zum Jahr 2040 auf 24.162 Wohnungen. Der Bevölkerungsanstieg in der Wetterau ist mit am Höchsten in Hessen. Die Nachfrage nach Wohnraum im Umland von Frankfurt ist enorm. Es wird inzwischen auch rege gebaut - besonders im Westkreis. Ganz neue Stadtviertel mit Einfamilienhäusern, (Luxus-)Eigentumswohnungen oder hochpreisigen Mietwohnungen werden hochgezogen. 2018 sind 1225 Wohnungen fertiggestellt worden. Aber eben nicht unbedingt bezahlbare Mietwohnungen!

1712 neue Wohnungen müssten derzeit jährlich neu entstehen. Und zwar vorrangig bezahlbare Mietwohnungen und Sozialwohnungen. Sonst wird Wohnen in den nächsten Jahren für viele Menschen unbezahlbar!

Das Wohnungsproblem ist nicht durch private Investoren und Baulöwen zu lösen. Luxuswohnungen, an denen sich gut verdienen lässt, gibt es genug. Was fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum. Hier treibt die starke Nachfrage die Mieten auch für Normalverdiener*innen in die Höhe. DIE LINKE. sieht den Bund oder das Land Hessen in der Pflicht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aber auch der Wetteraukreis darf das Problem nicht ignorieren. Wohnen ist ein Menschenrecht und jede bezahlbare Wohnung zählt!

Dieser wichtige Bereich der Sozialpolitik beschäftigte die Fraktion während der gesamten Wahlperiode.

Wie überall wurden auch im Wetteraukreis Sozialwohnungen verkauft oder sie fielen aus der Sozialbindung. Deshalb hatten wir bereits in der letzten Wahlperiode eine Umfrage zum Bestand der Sozialwohnungen gestellt. Diesen haben wir jetzt wiederholt. Wir wollen sehen, ob der Rückgang gestoppt werden konnte.

Kommunalpolitiker*innen können nicht so tun, als ginge sie das Wohnungsproblem nichts an. DIE LINKE fordert, dass in jedem Bebauungsplan 30 Prozent Sozialwohnungen verbindlich vorgesehen werden.

Wir forderten mit Nachdruck eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, damit auch Fördermittel von Bund und Land abgerufen werden können. Lange bisßen wir bei den andere Parteien auf Granit. Jetzt sieht es so aus, als könnte eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft Realität werden. Leider wird sie finanziell nur minimalistisch ausgestattet sein. Doch inzwischen sieht offensichtlich selbst die CDU ein, dass sich nicht alle Menschen eine Luxuswohnung leisten können.

Der Wetteraukreis erstellt alle zwei Jahre ein „Schlüssiges Konzept der Mietobergrenzen“. Diese Obergrenzen legen fest, wie viel Zuschuss zur Miete bedürftige Personen vom Jobcenter oder Sozialamt erhalten. Leider werden seit Jahren die gesetzlich vorgeschriebenen tatsächlichen Mietkosten für einfache

Wohnungen vom Wetteraukreis klein gerechnet. So müssen vor allem Familien mit Kindern und Alleinerziehende viel Geld aus der mageren Grundsicherung/Lohnaufstockung zahlen, weil der Wetteraukreis die Mietobergrenzen falsch berechnet. Die Grundsicherung stellt laut Bundesverfassungsgericht das Existenzminimum dar. Da darf nichts mehr für Miete abgezwickelt werden! Für den Wetteraukreis sind Mietzuschüsse ein teurer Haushaltsposten. Er will hier einsparen. DIE LINKE Kreistagsfraktion hat diese repressive Kreispolitik immer öffentlich gemacht und fordert ein wirklich „Schlüssiges Konzept“, bzw. einen qualifizierten Mietspiegel, der sich an den realen Preisen auf dem Wohnungsmarkt orientiert.



Foto: Plakat der Linken Wetterau

Das Gesundheitszentrum Wetterau gehört in öffentliche Hand!

Zur Sozialpolitik der Linken gehört der Einsatz gegen die Privatisierung des Gesundheitszentrums Wetterau. Gesundheit ist keine Ware! Dieser Auffassung sind wir nicht erst seit der Corona-Epidemie. Durch Corona wurde sehr deutlich, wie wichtig ein gutes öffentliches Gesundheitssystem ist. Im Sommer 2019 schlug die Bertelsmann-Stiftung vor, die Zahl der Krankenhäuser zu halbieren. Stellen Sie sich vor, das wäre vor Corona schon passiert! Wir hätten die Epidemie kaum so glimpflich überstanden. Schauen sie sich die USA und Großbritannien an! Oder Italien und Spanien, wo der Abbau von Kliniken schon erfolgt war.

Unsere Fraktion wird sich auch zukünftig gegen Privatisierungen beim Gesundheitszentrum Wetterau stemmen. Die Pläne der Hessischen Landesregierung, aus öffentlichen Kliniken möglichst große Gesundheitskonzerne zu machen, lehnen wir ab. Auch die kleinen Kliniken in Gedern und Schotten müssen erhalten bleiben. Und wir unterstützen unsere Bundestagsfraktion in ihrem Kampf um mehr Lohn für die Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Öffentlich ist wesentlich! Der Markt sichert die breite Gesundheitsversorgung nicht. Er sichert die Gewinne der privater Gesundheitskonzerne. Aber der Wetteraukreis und das Gesundheitszentrum Wetterau suchen bereits seit einigen Jahren nach einem Partner für eine Konzern-Fusion. Verhandlungen mit den Lahn-Dill-Klinken sind zwar gescheitert, aber es wird offensichtlich noch mit den Kliniken des Hochtaunuskreises verhandelt. Am Ende soll das GZW keine gemeinnützige GmbH mehr sein, sondern eine GmbH. Diesem Schritt hat die Mehrheit der Kreistagsfraktionen bereits zugestimmt, ohne konkrete Details zu kennen. Das kommt einem Blankoscheck zur Privatisierung gleich! Nur DIE LINKE hat diese Pläne abgelehnt.

Auch einem anderen Plan hat der Kreistag mehrheitlich einen Freifahrtschein ausgestellt: Der Gründung einer Privatklinik innerhalb des GZW - der GZW Plus GmbH.



Alexander Jakob und Christian Haffner vom Hausärzterverband Wetterau informierten im September 2019 die Fraktion DIE LINKE./Piraten im Kreistag der Wetterau und den Bundestagsabgeordneten Achim Kessler über die hausärztliche Versorgung im Wetteraukreis.

Aber das ist noch nicht alles! Bis 2024 sollen ins GZW 60 Millionen Euro investiert werden. Im Hochwaldkrankenhaus Bad Nauheim wird das Bettenhaus erweitert, es entstehen neue Operationssäle und eine neues Parkdeck. Der größte Teil der Investitionssumme kommt vom Land Hessen, ein kleiner Teil vom Wetteraukreis. Es handelt sich also um öffentliche Gelder. Bislang sieht es so aus, als warte man die Sanierungen und Baumaßnahmen ab, um danach die Privatklinik in den Räumen zu gründen, die mit den Steuergeldern bezahlt worden sind. Auch auf so was muss man erst mal kommen! Da machen wir natürlich nicht mit.

Schaut man sich die Folgen von Krankenhausprivatisierungen in Hessen an – zum Beispiel beim Uniklinikum Marburg Gießen – sollte eigentlich jedem klar sein, dass eine Gesundheitsversorgung für alle nur sichergestellt werden kann, wenn Gesundheitseinrichtungen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben.

Der Kreistag muss sich Gedanken um eine flächendeckende ärztliche Versorgung machen und dazu Anreize schaffen. Besonders für den strukturschwachen Ostkreis sind die Anstrengungen um eine gute ärztliche Versorgung zu verstärken. Die Ansiedlung einer ausreichenden Zahl von Haus- und Fachärzten, Therapeuten und Hebammen muss aktiv betrieben und gefördert werden.



Aktion gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens in Bad Nauheim 2020.

Corona-Folgen: Alles unter Haushaltsvorbehalt...

Es ist noch nicht lange her, dass der Wetteraukreis den Schutzschirm des Landes Hessen verlassen hat. Die Haushaltslage hatte sich entspannt. Es wurden einige wichtige Investitionen beschlossen, zum Beispiel in Schulbausanierungen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und Corona haben diese positive Entwicklung nun offensichtlich beendet. Die Kommunen werden infolge der Wirtschaftskrise geringere Steuereinnahmen haben. Der Landrat und der Kämmerer haben bereits angekündigt, dass zukünftig alle Haushaltsposten unter Finanzvorbehalt stehen werden.

DIE LINKE sieht aber keinen Grund, nun wieder mit Sozialabbau und Rotstiftpolitik zu beginnen. Zuerst sollten alle Kommunalpolitiker*innen in ihren Parteien dafür eintreten, dass die Krisenlasten nicht wieder allein auf die Mehrheit der Menschen abgewälzt werden.

Zuerst müssen diejenigen für die Krise zahlen, die Milliarden und viele Millionen Profite eingesteckt haben. Es braucht einen Corona-Soli von den Krisengewinnlern, endlich wieder eine Vermögenssteuer, eine Millionärssteuer und angemessene Steuern auf reiche Erbschaften.

Im Wetteraukreis hat eine Koalition aus SPD und CDU die Mehrheit. Genau diese Parteien regieren auch im Bund. Wir fordern die Kommunalpolitiker*innen auf, sich in ihren Parteien stark zu machen, statt wieder nur widerspruchslos die Mißstände zu verwalten!

Notwendige Ausgaben, wie für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, können problemlos durch die Rücklage des Wetteraukreises in Höhe von 129,3 Millionen Euro bezahlt werden.

DIE LINKE Kreistagsfraktion hat sich immer wieder für eine ausreichende Finanzierung stark gemacht. Wir haben jahrelang eine Abgabe von Gewinnen der Sparkasse Oberhessen eingefordert (was 2019 endlich erstmals gemacht wurde und nun wohl wieder endet). Wir wollten, dass der Kreis dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ beiträgt und diese Forderung stärkt. Unsere Anträge – wenn sie auch abgelehnt wurden – waren der Stachel im Fleisch der Sparer und Kürzer. Und wenigstens ab und zu müssen wir den anderen Parteien sagen: Es ist ihre Politik, die den Reichen Steuern schenkt, Cum Cum und Cum Ex Geschäften, Wirecard-Betrügereien usw. tatenlos zusieht und den Sozialstaat ausblutet. Das gilt auch jetzt – in Corona-Zeiten!



DIE LINKE. bei der Menschenkette gegen die Schließung des Conti-Werks in Karben 2020.

Wasser-Ressourcen schützen!

Der Klimawandel und die damit einhergehenden heißen Sommer und niederschlagsarmen Winter belasten die Wasserressourcen. Seit 2015 fielen immer wieder Quellen im Vogelsberg und Zuflüsse der Nidda trocken. Diese Entwicklung darf nicht noch durch eine exzessive Wasserentnahme, Raubbau und fehlendes Wassermanagement verschärft werden.

Die Metropolregion Frankfurt wird größtenteils mit Fernwasser versorgt. Das Wasser kommt aus dem Vogelsberg, dem Wohratal, dem Burgwald im Kreis Marburg-Biedenkopf, dem Spessart, dem hessischen Ried. In ganz Süd- und Mittelhessen wird Wasser abgepumpt.

Dabei hat die Rhein-Main-Metropolregion reiche eigene Wasservorräte. In den vergangenen Jahren wurden jedoch Frankfurter Trinkwasserbrunnen stillgelegt, weil ihre Wartung teurer ist, als Fernwasser einzukaufen. Es wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, Betriebswassersysteme auszubauen. Mit aufbereitetem Mainwasser könnten die städtischen Anlagen bewässert werden. Mindestens die Toilettenspülungen der öffentlichen Gebäude könnten mit Betriebswasser laufen. Und für alle Neubau- und Sanierungsgebiete müssten Betriebswassersysteme Vorschrift sein.

Dass die Grundwasserressourcen des Umlands leergepumpt werden, muss aufhören!

DIE LINKE setzt sich für den Grundwasserschutz ein. Wir wollen, dass der Wetteraukreis ein integriertes Wasserressourcenmanagement entwickelt. Dafür muss mit Frankfurt verhandelt werden, damit nicht noch mehr Fernwasser dorthin gepumpt wird. Vermutlich ist das ein schwerer Kampf, denn die Wetterau verdient am Wasserhandel.

In der Wetterau ist der ZOV (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) für die Wasserversorgung zuständig. Unter seinem Dach ist die OVAG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) der Hauptakteur bei der Wasserförderung und beim Wasserhandel. Gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis und dem Landkreis Gießen wird das Hauptgeschäft, die Belieferung der Metropolregion Frankfurt mit Trinkwasser, betrieben.

Das meiste Wasser entnimmt der ZOV im Vogelsberg: Etwa 40 Millionen Kubikmeter pro Jahr. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Raubbau bei der Wasserförderung. Deshalb gründete sich die „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“, die seitdem die Pegelstände kontrolliert und für ein nachhaltiges Wassermanagement wirbt.

Der Wetteraukreis ist 2011 aus der Schutzgemeinschaft ausgetreten und hat versucht, Einfluss auf die Entnahmemenge zu nehmen. Als Ziel wird gar genannt, die Fördermengen auf 60 Millionen Liter auszuweiten, was die ökologisch vertretbare Entnahmemenge bei weitem überschreitet.

Foto: Fridays for Future-Demonstration, Friedberg 2019



Inklusion darf kein Sparmodell sein!

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Das heißt, dass die Ziele der Konvention in allen gesellschaftlichen Bereichen eingehalten werden müssen. Dies erfordert die Inklusion der Menschen mit Behinderung. Dies gilt selbstverständlich auch für den Wetteraukreis. Wir haben mit einem Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2021 eine Stelle für einen Inklusionsbeauftragten gefordert, damit endlich ein Aktionsplan Inklusion hier bei uns ohne weitere Verzögerungen umgesetzt wird. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird gerade in Hessen umgesetzt. Deshalb kommen auf den Wetteraukreis mehr Aufgaben zu. Der Kreis ist zukünftig für alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen zuständig und für Seniorinnen und Senioren mit Behinderungen. Dies kostet viel Geld und braucht mehr Personal in der Kreisverwaltung.

DIE LINKE Wetterau ist mit einer Abgeordneten in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbands (LWV) vertreten und wir haben ein Auge auf die Maßnahmen, die der Wetteraukreis im Rahmen der BTHG ergreift. Denn das Gesetz trennt Fachleistungen und existenzsichernde Leistungen.

Was heißt das? Fachleistungen trägt nach wie vor der LWV. Die Kosten für die Wohnung und die Lebenshaltung werden vom Sozialamt gewährt. Dafür muss ein Mensch mit Behinderung ebenso Anträge stellen und Nachweise erbringen, wie zum Beispiel ein/e Hartz4-Leistungsberechtigte/r. Dies überfordert viele Menschen mit Behinderung und das Sozialamt müsste Hilfestellung geben und geduldig mit den Antragsteller*innen sein. Auch gelten für diesen Personenkreis die Mietobergrenzen des Wetteraukreises – plus 25 Prozent. Wer weiß, wie niedrig diese Obergrenzen berechnet sind, kann berechtigte Zweifel haben, ob sich für das Geld ausreichend behindertengerechte Wohnungen finden lassen.

Im Schulbereich war der Wetteraukreis ab 2013 „Modellregion inklusive Bildung“. DIE LINKE hat schon immer kritisiert, dass Inklusion kein „Modell“ sein kann. Inklusion muss flächendeckend und verbindlich sein! Leider hat eine Neufassung des Hessischen Schulgesetzes 2018 die Situation nicht wesentlich verbessert: Statt wohnortnah inklusiv zu beschulen, wurden Schwerpunktschulen benannt und die Kinder mit Behinderung müssen wieder weite Wege zurücklegen.

Die Zahl der Förderstunden der Beratungs- und Förderzentren entspricht nicht der Stundenzahl, mit der zuvor in den Förderschulen unterstützt wurde. Das Konzept zielt vornehmlich auf Schüler*innen mit Lernproblemen. Verhaltensprobleme müssen sozusagen „nebenbei“ mit bearbeitet werden, denn die Betreuung durch Schulsozialarbeit wurde in der Wetterau zwar ausgeweitet, reicht aber bei Weitem nicht aus.

Mit viel begrifflichem Getöse wird allenthalben das Wort „Inklusion“ bemüht, während Förderangebote gekürzt und therapeutische Hilfen eingeschränkt werden. Die hessische Landesregierung sieht Inklusion eher als Sparmodell. Ebenso problematisch ist die Verlagerung der existenzsichernden Leistungen auf die Kommunen, wie sie das BTHG vorschreibt. Zu befürchten ist, dass finanziell klamme Kreise nach Einsparpotentialen suchen werden.

Wer sich dafür weitergehend interessiert, dem sei die kleine Broschüre der Linken Kreistagsfraktion empfohlen: „10 Punkte für Inklusion im Wetteraukreis“ (homepage)

Sie können sich auch an die Fraktion DIE LINKE in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes LWV wenden: info@die-linke-im-lwv-hessen.de

Vor Ort

DIE LINKE sitzt nicht nur im Parlament. Die linke Fraktion ist auch außerparlamentarisch aktiv. Das entspricht unserem Politikverständnis: Politik muss der Mehrheit der Menschen dienen. Den Menschen, die nicht „mit einem goldenen Löffel auf die Welt kommen“ - wie der Volksmund sagt.

Wenn es unsere Kräfte erlauben, organisieren wir Aktionen und beteiligen wir uns an Protesten, unterstützen Initiativen, stehen zweimal in der Woche in unserer öffentlichen Sprechstunde für Gespräche zur Verfügung (montags 14 bis 16 Uhr, donnerstags 16 bis 18 Uhr im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg) und bemühen uns um eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Leider werden unsere Pressemitteilungen nur sehr selten abgedruckt.

Sie finden uns aber im Internet: www.die-linke-wetterau.de
und bei facebook: DIE LINKE Wetterau.

Wenn politische Themen anliegen, informieren wir uns möglichst vor Ort.

Wir besuchten die Diakonie wegen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung, die Kreisverwaltung wegen der Mietobergrenzen, das Dekanat der evangelischen Kirche zu sozialen Themen, die Vitos-Kliniken, den Fünf-Finger-Treff in Friedberg, das Kraftwerk Staudinger und den Energiepark Mainz, die Schutzgemeinschaft Vogelsberg, die streikenden Mahle-Belegschaft in Wölfersheim und die Conti Arbeiter*innen in Karben. Menschen mit besonderen Anliegen haben wir in unserer Fraktionssitzung eingeladen, um uns zu informieren.

Auf Landesebene arbeiten wir in verschiedenen Arbeitskreisen der Linken mit: im Arbeitskreis „Wohnen und Strukturpolitik in Hessen“, der Kommission Politische Bildung, in der Vernetzungsgruppe der Sozialsprechstunden in Hessen und beim kommunalpolitischen Zusammenschluss KommuneLinks.

Impressum

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau
Usagasse 23, 61169 Friedberg

Dezember 2020

Gabi Faulhaber

info@die-linke-wetterau.de

Bankverbindung:

Sparkasse Oberhessen

BIC: HELADEF1FRI

IBAN: DE74 5185 0079 0027 0040 24



2
3

4